



Susanne
Ehlerding

Mehr Power für schwache Windregionen

Mit dem Projekt WinWind lässt die EU-Kommission die Hindernisse beim Ausbau der Windenergie und die besten Lösungsmöglichkeiten dafür erforschen. Das erste Treffen der deutschen Projektgruppe fand am gestrigen Donnerstag in Berlin statt. Es wurde klar: Auch zwischen den schwachen Windausbauländern Thüringen und Sachsen gibt es große Unterschiede. Und die Debatte ist zunehmend politisiert.

Die EU-Kommission will herausfinden, wie Hindernisse für den Ausbau der Windkraft an Land beseitigt werden können. Ziel des Forschungsprojekt WinWind ist, in windenergiewachen Region die **gesellschaftlichen Akzeptanz für die Windenergie** zu fördern. Gemeint sind Regionen mit wenig Windkraftanlagen. **Potenzial** gibt es dort durchaus. Weht etwa der **Böhmische Wind**, kann ein Windrad mehr Ertrag liefern als in Norddeutschland, berichtet **Wolfgang Daniels**, Präsident der Vereinigung zur Förderung der Nutzung Erneuerbarer Energien in Sachsen. Bei WinWind stehen je **zwei Zielregionen** mit schwachem Ausbau **zwei Modellregionen** mit starkem Ausbau gegenüber. In Deutschland sind dies die **Thüringen** und **Sachsen** beziehungsweise **Schleswig-Holstein** und **Brandenburg**.

Noch **fünf andere EU-Mitgliedsstaaten** sind in das Projekt eingebunden: Italien, Litauen, Norwegen, Polen und Spanien, jeweils auch mit schwachen und vorbildlichen Regionen. Koordiniert wird das Projekt vom Forschungszentrum für Umweltpolitik (FFU) der Freien Universität Berlin unter der Leitung von Rosaria Di Nucci. Fördermittel kommen aus dem EU-Programm Horizont 2020. Eingebunden in die Arbeitstreffen werden Projektentwickler, Regionalplaner, Energieagenturen und weitere Akteure. Die **Bürgerinitiativen gegen Windkraft** wurden bewusst nicht eingeladen, sagte **Gabi Zink-Ehlert** von Seecon Ingenieure, einem der Projektpartner. „Das wäre sonst eine andere Diskussion“, meinte sie etwas vage.

Nun ist es nicht so, dass es bisher keine **Forschung zur Akzeptanz von erneuerbaren Energien** gibt, räumte **Michael Krug** vom FFU zum Auftakttreffen von WinWind ein. Einschlägig sind etwa die Arbeiten von **Petra Schweizer-Ries** von der Uni Bochum. Der Ablauf jedoch, bei dem Akteure aus verschiedenen Regionen voneinander lernen, überzeugte sowohl die Brüsseler **Generaldirektion Energie** als auch die **Generaldirektion Forschung**. „Die Ergebnisse sollen zur Weiterentwicklung der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie beitragen“, berichtete Di Nucci von ihren Gesprächen in Brüssel. Am Ende von WinWind werden konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik auch in den Zielregionen stehen.

In **Thüringen** erweiterte die rot-rot-grüne Landesregierung nach der Wahl 2014 die **Thüringer Energie- und Greentechagentur (Thega)** um eine Servicestelle Windenergie. Sie berät seitdem Bürger und Kommunen, in denen Windenergieprojekte geplant sind. Außerdem vergibt sie das Siegel „Faire Windenergie“. Die Leiterin der Servicestelle, **Ramona Notroff**, berichtete: „Projektierer, die das Siegel bekommen wollen, müssen Kommunen wirtschaftlich direkt beteiligen.“ Rund fünf Prozent der Pacht für **soziale Zwecke**

abzuführen, ist üblich. Eigentümergemeinschaften, die sich unter der Anleitung der Thega bilden, entscheiden jedes Jahr neu über die Verwendung der Mittel. Im kleinen Ort **Neckeroda** beispielsweise wird davon ein Fahrdienst für Senioren finanziert.

Dennoch geht es in den Kommunen hoch her, wenn neue Windparks geplant sind. Vor allem die **AfD** versuche, aus dem Thema Profit zu schlagen und mache Stimmung gegen die Windkraft, berichten mehrere Teilnehmer übereinstimmend. Aber auch die **CDU** habe die **Windkraft als „Gegenthema“** ausgemacht – allerdings mit weniger Glaubwürdigkeit, weil ja die Bundespartei für die Windkraft sei.

Aus **Sachsen** berichtete Wolfgang Daniels, dass die Ausbauziele wenig ambitioniert seien und die Umsetzung sehr langsam. „Wenn wir endlich mal zwei, drei **Bürgerenergieprojekte** schaffen würden, hätte das ein starke Wirkung auf die Kommunen“, sagte er.

Noch zweimal wird sich die deutsche WinWind-Gruppe treffen und außerdem dreimal zu **Themenworkshops** zusammenkommen. Vorschläge dafür sind Wind im Wald, Regionalplanung, Bürgerbeteiligung oder freiwillige Selbstverpflichtungen kontra gesetzliche Regelungen. Die Politikempfehlungen sollen im März 2020 vorliegen. Für ihre **Verbreitung** wird das Städte- und Gemeindebündnis ICLEI sorgen.
